

303/05

## Regierung hat Wähler getäuscht

### Grüne: Baden-Württemberg plante PKW-Vignette schon vor Wahl Kritik an Votum für die Maut

---

Nach dem knappen Votum der Verkehrsministerkonferenz der Länder gegen die Einführung einer PKW-Vignette werfen die Grünen der Landesregierung vorsätzliche Wählertäuschung vor: „Die Landesregierung hat nicht nur für den Vignettenplan gestimmt, sie hat ihn entwickelt und bei anderen Ländern massiv dafür geworben. Nur vor der Bundestagswahl wollte sie das lieber nicht zugeben.“

Palmer verweist auf Presseberichte knapp drei Wochen vor der Bundestagswahl über die Pläne zur Einführung einer Maut im baden-württembergischen Innenministerium. Minister Rech hatte darauf am 1. September mit einer Pressemitteilung reagiert, in der es hieß, es gebe weder eine Vorentscheidung noch eine Entscheidung über die Maut, vielmehr würden alle Möglichkeiten einer nutzerbezogenen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur ergebnisoffen geprüft. Bei der Verkehrsministerkonferenz werde lediglich ein Zwischenbericht präsentiert. Von einer Abstimmung wollte Rech nichts wissen.

Die Funktion dieser Pressemitteilung war es nach Palmers Auffassung, im Bundestagswahlkampf die Absicht der Landesregierung zur Einführung der Vignette zu verschleiern: „Formal hat es vor der Wahl keine Vorentscheidung der Länder über die

Vignette gegeben. Aber das war nur die halbe Wahrheit. Baden-Württemberg hatte sich auf die Einführung der Vignette festgelegt. Minister Rech hat die Wählerinnen und Wähler mit seinem scheinbaren Dementi hinters Licht geführt. Ginge es nach Baden-Württemberg, würde die Vignette eingeführt und das gegenteilige Wahlversprechen der CDU schon vier Wochen nach der Wahl gebrochen.“

Palmer kündigte einer parlamentarische Initiative zur Aufklärung der Vignetten-Affäre an: „ Es ist vollkommen unglaubwürdig, dass über die Vignette vor der Bundestagswahl im Landesverkehrsministerium noch keine Entscheidung getroffen war. Wir werden daher von der Landesregierung die Offenlegung des Zeitpunkts der Festlegung auf die Einführung der Maut und der internen Abläufe und verlangen.“

Die Grünen lehnen den von der Landesregierung verfolgten Plan zur Einführung einer PKW-Vignette ab und kritisieren das Abstimmungsverhalten des Landes in der Verkehrsministerkonferenz: „Die Vignette wäre ungerecht gegenüber Wenigfahrern, sie würde bis zu 15% des Verkehrs auf Landstraßen abdrängen und ökologisch nur schaden“, begründete Palmer seine Haltung.